PAUL LANGROCK / ZENIT / LAIF

REGIERUNGSUMZUG

Rückzug aus Bonn

Ganz diskret verlagern derzeit mehrere Bundesministerien ihr Personal von Bonn nach Berlin. So will Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul, bisher mit etwa 50 Beamten in Berlin vertreten, in den nächsten Monaten 40 Mitarbeiter aus Bonn nachholen. Verteidigungsminister Peter Struck will mehrere Dutzend Offiziere des Führungsstabs nach Berlin verlegen, und Bildungsministerin Edelgard Bulmahn plant, ihre 120 Stellen in Berlin in den kommenden drei Jahren auf 250 zu erhöhen – zu Lasten Bonns. Selbst im Wirtschafts- und Arbeitsministerium von Wolfgang Clement, der als NRW-Ministerpräsident noch eifriger Verfechter des Standorts Bonn war, wird erwogen, für anstehende Reformvorhaben Dutzende Fachbeamte von Bonn an die Spree zu holen. Bisher lässt ein Kabinettsbeschluss von 1998 für die sechs Bundesministerien mit erstem Dienstsitz in Bonn unter gewissen Umständen 25 Prozent des Personals in der Hauptstadt zu. Ein Staatssekretär: „Alle wollen ihr Personal in Berlin haben – aber keiner sagt es."

THOMAS UHLEMANN / BERLINER VERLAG

Regierungsviertel in Berlin, Bulmahn

NEONAZIS

Erfolg mit Aussteigern

Nach Erkenntnissen des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes melden sich in jüngster Zeit viele ausstiegswillige Rechtsradikale direkt bei der Polizei. In den letzten Monaten seien es, so ein Beamter, „einige Dutzend" gewesen. Dieser „positive Trend", heißt es in einem zur Verschlusssache gestempelten Papier des Innenministeriums, soll „mit Hilfe zielgerichteter polizeilicher Maßnahmen verstärkt werden". So fordert das Innenministerium Polizeipräsidien und Bezirksregierungen auf, auch „anlassunabhängig, zum Beispiel im Rahmen eines Kontaktgesprächs durch den Staatsschutz", an Rechtsradikale heranzutreten. Mit Hilfe von „Erkenntnissen aus den Kriminalakten" sollen „die im jeweiligen Zuständigkeitsbereich wohnhaften Personen der Szene" gezielt angesprochen und zum Ausstieg bewegt werden. Die Bezirksregierungen werden in dem Papier angewiesen, vierteljährlich – erstmals zum 31. März – über die Zahl der „anlassabhängigen und anlassunabhängigen Kontakte" zu Rechtsradikalen zu berichten.

ATTENZIONE

NPD-Demonstration (in Essen)

BEAMTE

Konzept gegen Korruption

Mit drastischen Veränderungen des Beamtenrechts wollen Staatsanwälte und Politiker die Korruption bekämpfen. So soll Beamten künftig nach französischem Vorbild verboten werden, unmittelbar nach ihrem Ausscheiden aus dem Dienst bei einer jener Firmen in der Privatwirtschaft anzuheuern, denen sie zuvor noch Aufträge erteilt hatten. Eine Expertenrunde, der neben Wissenschaftlern auch der Frankfurter Oberstaatsanwalt Wolfgang Schaupensteiner angehört, plädiert für eine fünfjährige Sperrfrist, um eine „Honorierung früheren Wohlverhaltens" zu verhindern. Der niedersächsische Justizminister Christian Pfeiffer (SPD) will jetzt einen entsprechenden Gesetzesentwurf in den Bundesrat einbringen, der darüber hinaus die Nebentätigkeitsgenehmigungen für Beamte stark beschneidet. Nach Überzeugung von Ermittlern ködern Firmen zum Beispiel Bauamtsmitarbeiter immer wieder mit lukrativen Aufträgen als Gutachter und nutzen den guten Draht dann später aus.

KAI-UWE KNOTH / DDP

Pfeiffer